

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Stich-Zentrale)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 8.

Berlin, Mittwoch, 26. Januar 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Zur Einberufung des Verbandstages. — Die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts. — Vom Schlachtfelde der Arbeit. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Zur Einberufung des Verbandstages.

Statutengemäß ist in der vorigen Nummer die amtliche Bekanntmachung über die Einberufung des Verbandstages erfolgt. Die Kollegen und Kolleginnen können daraus ersehen, welche Vorschriften sie zu beachten haben. Mit Rücksicht aber auf den Ernst und die Bedeutung der Veranstaltung wollen wir nicht unterlassen, noch einige wichtige Fingerzeige zu geben.

Die Aufgaben, welche die Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine zum Verbandstage jetzt zunächst zu lösen haben, bestehen in der Wahl der Abgeordneten und in der Stellungnahme von Anträgen. Für einzelne Gewerksvereine haben die letzten Delegiertentage bzw. Generalversammlungen bereits alle oder zum Teil die Männer bestimmt, welche die Vertretung auf dem Verbandstage auszuüben haben. Die übrigen Abgeordneten müssen erst noch gewählt werden nach den Bestimmungen, welche die einzelnen Gewerksvereinsstatuten darüber enthalten. Die nächsten Wochen werden also unter dem Zeichen der Verbandstagswahlen stehen. Hier und da hat man damit wohl auch schon begonnen.

Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß auch dieser Verbandstag über wichtige Fragen zu entscheiden haben wird. Diejenigen Kollegen, die daran mitwirken haben, tragen also eine schwere Verantwortung. Umso mehr müssen die Gewerksvereinsmitglieder darauf bedacht sein, nur solche Abgeordnete zu wählen, welche die Gewähr bieten, daß sie sich in ihren Entscheidungen einzig und allein von sachlichen Momenten und von dem Interesse für die Allgemeinheit leiten lassen, alle persönlichen Momente aber in den Hintergrund stellen. Die Sache, für die wir kämpfen und deren Förderung auch der Verbandstag dienen soll, ist zu hoch und hehr, als daß Kleinliche Erwägungen für ihre Entwicklung maßgebend sein dürften. Wir können es uns ersparen, diese hochbedeutende Frage eingehender zu erörtern; denn wir hegen das Vertrauen zu den Kollegen und Kolleginnen, daß sie sich des Ernstes der Situation bewußt sind und danach handeln werden.

Wer das Recht zur Stellung von Anträgen besitzt, ist in der amtlichen Bekanntmachung bereits gesagt. Hinzufügen möchten wir nur noch, daß jeder Antrag auf einem besonderen Blatte und nur auf einer Seite leserlich und in verständlicher, knapper Fassung zu schreiben ist. Das Verbandsstatut gestattet, daß Anträge, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, in die Tagesordnung nicht aufgenommen werden.

Weiter möchten wir auf einen Fehler hinweisen, den man wohl vor jedem Verbandstage beobachten kann. Es wird nämlich jedes Mal eine Anzahl von Anträgen eingereicht, die überhaupt nicht auf den Verbandstag gehören, sondern Sache der einzelnen Berufsgewerksvereine sind und deswegen in die Tagesordnung nicht aufgenommen werden können. Vielleicht genügt dieser kurze Hinweis schon, um Wandel in dieser Beziehung zu schaffen. Es gibt Kollegen, die verärgert werden, wenn sie ihre Anträge nachher nicht in der Tagesordnung lesen. Diesen Unannehmlichkeiten kann man aus dem Wege gehen, wenn man sich innerhalb der durch das Verbandsstatut gezogenen Grenzen hält.

Weit verbreitet ist auch die Ansicht, daß möglichst viele Anträge zum Verbandstage gestellt werden müssen. Das ist natürlich irrig. Nicht

derjenige nützt unserer Sache am meisten, der recht viel neue Vorschläge macht, sondern derjenige, der recht gute Vorschläge macht. Mögen sich also auch in dieser Hinsicht die Kollegen Maß anlegen! Selbstverständlich soll damit das Recht der Antragstellung keineswegs irgendwie beeinträchtigt werden.

Und noch in anderer Beziehung müssen wir zur Mäßigung anraten. Es werden häufig Forderungen gestellt, die an sich vielleicht berechtigt sind, aber mit Rücksicht auf die uns zur Verfügung stehenden Mittel nicht erfüllt werden können. Die Einkünfte des Verbandes setzen sich zusammen aus den Beiträgen, welche die einzelnen Gewerksvereine zahlen. Diese Beiträge werden von Verbandstag zu Verbandstag bestimmt und müssen sich natürlich in solchen Grenzen halten, daß sie von allen Gewerksvereinen auch aufgebracht werden können. Wir müssen uns also nach der Decke strecken. Mehr als durch die Verbandsbeiträge einkommt, kann natürlich nicht ausgegeben werden. Wenn dadurch mancher Wunsch unerfüllt bleibt, so liegt das nicht am bösen Willen, sondern an den zur Verfügung stehenden Mitteln. Damit muß sich jeder abfinden, und um sich vor allzu herben Enttäuschungen zu bewahren, wird man gut tun, wenn man seine Forderungen gleich von vornherein nicht allzu hoch schraubt.

Sobiel für heute! Auf die Erörterung bestimmter Fragen lassen wir uns vorläufig noch nicht ein. Wir warten zunächst die einlaufenden Anträge ab und werden dann in einem allgemeinen Lieberblick auf die wichtigsten Anträge näher eingehen. Sicherlich werden dann auch die Kollegen draußen im Lande zu der einen oder anderen Frage Stellung nehmen. Soweit dies in sachlicher Form geschieht, werden diese Meinungsäußerungen selbstverständlich im Verbandsorgan veröffentlicht werden, gleichviel, ob sie den Anschauungen der Verbandsleitung entsprechen oder nicht. Persönliche Streitigkeiten natürlich müssen dabei aus dem Spiele bleiben.

So mögen denn die Kollegen und Kolleginnen überall im Lande an die Vorarbeiten zum Verbandstage herangehen. Möge sie dabei der rechte Ernst leiten und das Bestreben, unsere gute Sache zu fördern und ihr den Weg in die Kreise der unorganisierten Arbeiter zu ebnen zum Wohle unserer Organisation, der Arbeiterschaft und damit unseres deutschen Volkes.

Die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts

Kam am vergangenen Mittwoch im Reichstage zur Sprache infolge einer freisinnigen Interpellation, in der auf zahlreiche Verstöße gegen das Gesetz aufmerksam gemacht und angefragt wurde, welche Maßregeln gegen die Mißbräuche des Vereinsgesetzes getroffen werden sollen. Die Begründung der Anfrage hatte der Abg. Dr. Müller-Meinungen übernommen, der an der Hand zahlreicher Einzelfälle nachwies, wie wenig die Zusage des Herrn v. Bethmann-Hollweg, das Reichsvereinsgesetz solle lokal gehandhabt werden, gehalten wurde. Es sei Pflicht der Reichsregierung, wenn die Landesbehörden gegen Reichsgesetze verstößen, dagegen einzuschreiten und durch Anweisungen und Vorstellungen dafür zu sorgen, daß die Gesetze richtig angewendet werden. Gegen das Reichsvereinsgesetz werde namentlich von der preussischen und sächsischen Bureaucratie arg verstößen. Zu besonders zahlreichen Beschwerden gibt der Sprachenparagraf Anlaß, der in geradezu schikanöser Weise angewendet wird. Auch die Bestimmungen über die Vergnügungsveranstaltungen werden auf politische Vereine übertragen. Versammlungen, in denen philosophische oder wissenschaftliche Thematika behandelt und bisweilen auch

durch Lichtbilder illustriert werden, werden häufig als anzeigepflichtige Versammlungen angesehen. Unpolitische Bürgervereine behandelt man einfach als politische Organisationen, wenn sie sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, die sich ausschließlich innerhalb des Gemeinwesens abspielen. Bezüglich der Versammlungen unter freiem Himmel übt die Polizei vielfach eine Praxis, daß solche Veranstaltungen überhaupt kaum noch abgehalten werden können. Auch die Gerichte verlegen häufig bei der Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen. Das sogenannte Präventivverbot, d. h. ein Verbot, durch welches aus irgend einem Grunde schon im voraus Versammlungen verhindert werden können, hat der Reichstag seinerzeit ausdrücklich abgelehnt. Trotzdem magen es Ortsbehörden, aus den niedrigsten Gründen Versammlungen zu verbieten, wenn ihnen das Thema oder der Redner nicht gefällt. Alle diese Anlässe konnten von dem Redner durch eine große Zahl von Beispielen gestützt werden. Auch noch viele andere Verstöße wurden von ihm gerügt. Er kam zu dem Schlusse, daß das Reichsvereinsgesetz einen politischen Fortschritt bedeute, daß aber unbedingt darauf gesehen werden müsse, daß es auch so zur Anwendung gelangt, wie es die Mehrheit des Reichstages genollt hat.

Der Staatssekretär Dr. Delbrück, dem die Beantwortung der Interpellation oblag, lehnte es ab, sich auf die Besprechung einzelner Fälle, die ihm amtlich zum Teil nicht bekannt seien, einzulassen. Er berief sich auf die Erklärungen seines Amtsvorgängers, des jetzigen Reichskanzlers, daß die verbündeten Regierungen eine durchaus lokale Handhabung des Reichsvereinsgesetzes wünschten. Auf demselben Standpunkt stehe auch er, und er sei fest überzeugt, daß die Reichsvereinsgesetz immer enger werden müssen, je mehr das neue Gesetz einlebe.

Sehr vielsagend ist diese Erklärung ganz gewiß nicht. Wir wollen nur wünschen, daß die Hoffnung des Staatssekretärs sich erfüllt. Auch die Debatte förderte keine wesentlich neuen Gesichtspunkte zutage. Fast sämtliche Redner konnten das von Dr. Müller-Meinungen vorgebrachte Material durch andere Fälle noch ergänzen. Selbstverständlich fehlte es in der Aussprache auch nicht an gegenseitigen Reibereien zwischen den Parteien, mit deren Unterstützung das Reichsvereinsgesetz zustande gekommen ist, und denjenigen, die dagegen gestimmt haben. Dabei kommt natürlich nichts heraus. Viel geheimer täte man daran, wenn man alles aufhöbe, die Landesregierungen zu veranlassen, für eine verständige Handhabung des Gesetzes Sorge zu tragen. Mit der Radikalpolitik, wie sie in manchen Bundesstaaten betrieben wird, erreicht man nichts, sondern fördert nur die Geschäfte derjenigen, denen man entgegenwirken will. Die Ausführungsbestimmungen, die seinerzeit von den einzelnen Bundesstaaten erlassen worden sind, waren zum großen Teil so gehalten, daß eine lokale Handhabung des Reichsvereinsgesetzes gewährleistet war. Daraus darf man schließen, daß die Schuld für die vorgekommenen Verstöße in der Hauptache die Lokalbehörden trifft. Ist dies aber der Fall, dann haben die Einzelregierungen unbedingt die Verpflichtung, gegen diejenigen einzuschreiten, die sich Uebergriffe haben zuzulassen kommen lassen. Wenn nachträglich diese oder jene Anordnung der Lokalbehörde als unzulässig erklärt wird, so ist der Sache damit nicht gebient. Erforderlich ist vielmehr, daß diejenigen Beamten, die bewußt oder auch nur fahrlässig gegen das Vereinsgesetz verstößen haben, ihren Kuffel erhalten oder auch bestraft werden. Denn es sind Fälle mitgeteilt worden, in denen entweder eine unglückliche Unfähigkeit, Gesetze zu verstehen, oder direkter Mißbrauch der Amtsgewalt angenommen werden muß. Wenn

aber Mißgriffe sich wiederholen, dann haben die Landesregierungen zunächst die Pflicht, durch allgemeine Anweisungen auf deren dauernde Abstellung hinzuwirken, damit nicht die unteren Behörden glauben, sie könnten auch weiterhin sich eine selbständige Erhöhung des Vereinsgebühes erlauben. In letzter Instanz aber hat die Reichsregierung die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Bundesstaaten auch für strikte Durchführung der Reichsgesetze Sorge tragen. Sie an diese Pflicht zu erinnern, war Zweck der Interpellation, die alljährlich wiederholt werden muß, bis die Behörden allesamt sich daran gewöhnt haben, das Vereinsgesetz so anzuwenden, wie es seinem Wortlaut nach zu geschehen hat. Das schließt natürlich nicht aus, daß auch an den Bestimmungen des Gesetzes sobald wie möglich noch Verbesserungen vorgenommen werden, zu denen wir vor allen Dingen auch die Beseitigung des Sprachenparagrafen rechnen.

Vom Schlachtfelde der Arbeit.

Die Rechnungsnachweise der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1908 sind vor kurzem dem Reichstage zugegangen. Dieselben erstrecken sich auf 66 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, außerdem auf 209 staatliche und 331 Provinzial- und Kommunalverwaltungsbahnen sowie 14 Versicherungsanstalten. Die Zahl der Berufsgenossenschaften ist dieselbe wie im Vorjahre; die Ausführungsbehörden haben sich um 5 vermehrt.

Die Zahl der durchschnittlich versicherten Personen stellt sich bei den Berufsgenossenschaften zusammen auf 26 096 772. Dazu kommen noch für die 540 Ausführungsbehörden 977 351 Versicherte, so daß im ganzen im Jahre 1908 27 074 123 Personen gegen die Folgen von Betriebsunfällen versichert gewesen sind. Allerdings sind darin etwa 3 1/2 Millionen Personen doppelt gezählt, da sie gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert waren. Die Zahl der Versicherten betrug im Jahre 1907 nur 21 172 027. Es ist also eine ganz erhebliche Steigerung zu verzeichnen, an der indessen nur die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften beteiligt sind. Hier ist nämlich die Zahl der versicherten Personen von 11,2 auf 17,2 Millionen gestiegen. Diese erhebliche Zunahme ist aber nicht aus einer Steigerung der Zahl der beschäftigten Personen zu erklären, sondern aus einer anderen Ursache. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften ist die Zahl der versicherten Personen sogar etwas gefallen, nämlich von 9 018 367 auf 8 917 772.

Unfälle wurden im ganzen 662 321 zur Meldung gebracht gegen 662 901 im Jahre 1907. Die Anzahl der Unfälle, für welche im Jahre 1908 zum ersten Male Entschädigungen gezahlt wurden, belief sich auf 142 955 gegen 144 704 im Vorjahre, weist also eine kleine Verminderung auf. Hier von hatten 9856 den Tod und 1160 eine wahrscheinlich dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit der Verletzten zur Folge. Wegen tödlicher Unfälle mußte an 20 544 Hinterbliebene zum ersten Male eine Rente gezahlt werden. Darunter befinden sich 6605 Witwen bezw. Witwer, 13 607 Kinder oder Enkel und 332 Verwandte aufsteigender Linie. Die sogenannte Witwenrente wurde im Rechnungsjahre 1407 Verletzten gewährt (gegen 1270 im Jahre 1907).

An Entschädigungsbeträgen wurden von den Berufsgenossenschaften gezahlt 142 593 203 Mark (gegen 136 425 688 Mark im Vorjahre), von den Ausführungsbehörden 12 520 034 Mark (gegen 11 954 066 Mark im Vorjahre), von den Versicherungsanstalten 1 949 632 Mark (gegen 1 945 537 Mark im Vorjahre). Zusammen wurden also gezahlt 157 062 870 Mark (gegen 150 325 292 Mark im Vorjahre). Von der Befugnis der Kapitalabfindung, die bei Renten bis zu 15 Prozent zulässig ist, wurde in 5008 Fällen Gebrauch gemacht. Der dafür aufgewendete Betrag stellt sich auf 1 648 920 Mark.

Die Summe der Vöthne, die der Beitragsberechnung zugrunde gelegt wurden, stellt sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 8 463 691 874 Mark. Für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sind, wie auch in früheren Jahren, wegen des abweichenden Berechnungsverfahrens Lohnbeträge, welche für die Beitragsberechnung zugrunde gelegt werden, in die Nachweisung nicht aufgenommen worden.

Die Gesamtausgabe sämtlicher Berufsgenossenschaften belief sich im Jahre 1908 auf 187 548 951 Mark. Hiervon entfallen auf Entschädigungen, einschließlich der Kosten der Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit 143 403 134 Mark. Für die Unfalluntersuchungen und Feststellungen der Entschädigungen und für die Unfallverhütung wurden von den Berufsgenossenschaften zusammen 9 224 751 Mark aufgewendet. Die Verwaltungskosten einschließlich der

sonstigen Ausgaben betragen insgesamt 15 674 450 Mark.

Den Ausgaben steht eine Gesamteinnahme gegenüber von 190 608 548 Mark. In die Reservefonds wurden abgeführt 19 236 615 Mark. Zusammen betragen die Bestände der angeammelten Reservefonds der Berufsgenossenschaften 273 860 916 Mark, zu denen noch 5 991 769 Mark rückständige Einlagen kommen.

Zum Schlusse dieser kurzen Uebersicht sei darauf hingewiesen, daß auch in obigen Zahlen die wirtschaftliche Depression deutlich zum Ausdruck gelangt. Es geschieht dies sowohl in der Zahl der bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen, die kleiner geworden ist, während sonst immer eine Zunahme gegen das Vorjahr zu verzeichnen war. Vielleicht auch ist die Abnahme der Unfälle als ein Zeichen der schlechten Konjunktur anzusehen. Einmal läßt die geringere Zahl der beschäftigten Arbeiter auch weniger Unfälle annehmen; dann aber ist auch das Fallen bei der Arbeit in schlechten Zeiten nicht so schlimm wie dann, wenn die Arbeit drängt. Endlich sei bei aller Anerkennung der für die Unfallversicherung aufgewendeten Summen hervorgehoben, daß sie nicht imstande sind, einen Ersatz zu bieten für die Fülle von Unglück, das durch die Unfälle in die Familien einschneidet.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 25. Januar 1910.

Eine große Gewerkevereinsversammlung findet am Montag, 7. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Verbandshauses, Greifswalderstraße 21-23, statt. Auf der Tagesordnung steht das Thema: „Der paritätische Arbeitsnachweis.“ Referenten sind Herr Dr. Wedder, Generalsekretär des Verbandes der Arbeitsnachweise, und unser Verbandsvorsitzender Kollege Goldschmidt. Es darf wohl erwartet werden, daß mit Rücksicht auf die Vorgänge auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises die Gewerkevereinsfolger und -Kolleginnen von Berlin und Umgegend es als ihre Pflicht erachten, recht zahlreich zu dieser Versammlung zu erscheinen. Alle anderen Veranstaltungen, die für diesen Abend geplant sind, müssen auf einen anderen Tag verlegt werden.

Der Zwangsarbeitsnachweis im Ruhrrevier bildete den Gegenstand einer Interpellation, die am letzten Sonnabend das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigt hat. Die Verhandlungen darüber erscheinen uns so wichtig, daß wir mit der Besprechung der Angelegenheit warten, bis uns der stenographische Bericht vorliegt.

Die Neutralität der Deutschen Gewerkevereine verurteilt den „Solgarbeiter“, dem Organ des Zentralverbandes christlicher Solgarbeiter, wieder einmal Verzensbekenntnisse. Wir haben in Nr. 5 einen Aufsatz von Dr. Gerlich in dem liberalen Wochenblatt „Fortschritt“ besprochen und dabei folgende Stelle besonders hervorgehoben:

„Wenn die kirchlichen Dunderschen Gewerkevereine ihrer ganzen programmatischen Begründung nach dem liberaldenkenden Politiker ein Gefühl der Geistesverwandtschaft auslösen, so erklärt sich das aus einem sehr einfachen Grunde: nicht etwa, weil sie parteipolitisch liberal wären, sondern weil sie genau wie der Liberalismus wissenschaftlich objektiv das Wirtschaftsleben betrachten und auf dieser wissenschaftlichen Begründung ihr Programm und ihre prinzipielle Stellung aufgebaut haben, weisen sie die große Uebereinstimmung mit dem Liberalismus auf, dessen ganzes Streben es ebenfalls ist, das Wirtschaftsleben wissenschaftlich objektiv zu erkennen und nach dieser Erkenntnis seine Forderungen einzurichten.“

Darin, daß wir diesen zutreffenden Bemerkungen die weiteste Beachtung gewünscht haben, erblickt der „Solgarbeiter“ einen Vorstoß gegen die Neutralität und den Beweis für unsere liberale Weltanschauung. Daß die Deutschen Gewerkevereine eine liberale Weltanschauung besitzen, ist niemals bestritten worden. Wer das Wesen und die Geschichte unserer Organisation kennt, dem muß diese Tatsache bekannt sein. Es fragt sich nur, was man unter „liberal“ versteht. Da möchten wir zur Erklärung folgende Stellen aus der Schrift unseres Verbandsvorsitzenden Goldschmidt „Weltanschauung und Arbeiterbewegung“ zitieren:

„Aus unserer Gesamtstellung ergibt sich auch unsere Weltanschauung. Spricht man von einer solchen im Gegensatz zu der Unduldsamkeit im christlichen und sozialistischen Lager, dann müssen wir uns als Liberal bezeichnen, denn wir sind tolerant auch gegen Andersdenkende und unser Kampf gilt der Freiheit und dem Fortschritt. Die liberale Weltanschauung in den Gewerkevereinen vertreten, bedeutet nicht ihre Einzwängung in den engen Rahmen einer Partei. Liberal sein bedeutet für uns, das organisierte Streben nach persönlicher und sozialer Freiheit! Wir setzen auf dem Gehe-

der Entwicklung, dem alles in der Welt unterworfen ist, und erkennen in der materiellen wie geistigen Arbeit die Mittel und Hebel des Fortschritts zur sittlichen Vervollkommenung des Menschentums.“

Liberal sein, heißt gerecht sein! Unser ideales Streben gilt mit hinder der Durchführung des sittlichen Prinzips der sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen nicht, daß die menschliche Gesellschaft ein klägliches Gemenge einander feindselig gesinnter Menschen bleibe. Unsere Arbeit gilt daher der Brüderlichkeit im Volke. Wir wollen wahr machen helfen das verheißungsvolle Wort: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!

Liberal sein, heißt vernünftig sein! Nicht im Radikalismus der Massen, der das barbarische Jauern über sich als das sittliche Mittel für den menschlichen Fortschritt, er sieht es vielmehr vor allem auch in der erzieherischen Arbeit des einzelnen an sich selbst und in der alle Geister erhellenden, vorwärts- und aufwärtsstrebenden Schöpfung, ein immer freieres und härteres Volk zu werden. Freier Beweglichkeit der einzelnen Glieder des Volkes müssen diese sich organisch verbunden fühlen, um im nationalen Einklang des Wirkens den ganzen Körper machtvoller, größer und schöner zu gestalten.

Zu diesen Anschauungen bekennen sich die Deutschen Gewerkevereine, und zwar mit berechtigtem Stolz. Über ein christliches Organ eine solche Auffassung unverfälscht bleibt, wollen wir gern glauben.

Arbeiterbewegung. In Stettin dauert der Kampf der Konfektions- und Schneiderinnen immer noch an. Von irgendwelchem Entgegenkommen seitens der Unternehmer ist nichts zu hören. — In Reiche i. Schl. hatten die Drochsenführer wegen ungerechtfertigter Bevormundung durch die Polizei ihre Tätigkeit eingestellt. Nachdem die Behörde von ihren Forderungen Abstand genommen hatte, traten auch die Drochsenführer ihren Dienst wieder an. — In Eberfeld-Warmen sind die Färbereiarbeiter in eine Bewegung eingetreten, um eine Lohnerhöhung und die Freigabe des Sonnabendnachmittags zu erzielen. Sollten die Unternehmer auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren, soll in den Streik getreten werden. — Die in den Münchener Schulfabriken beschäftigten Arbeiter haben die von den Unternehmern ihnen zugemuteten Tarifveränderungen ablehnen können und dafür eine Verbesserung errungen. — Bei der Firma Stier in Berlin, Wallstraße, haben die Schneider die Arbeit niedergelagt, weil der Firmeninhaber sich weigert, geregelte Lohnverhältnisse herbeizuführen und jede Verhandlung mit den Repräsentanten ablehnt. — Auch in Erlangen ist eine Bewegung der Schneidergehilfen im Gange. Die Arbeitgeber weigern sich, auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen; von Verhandlungen wollen sie ebensowenig etwas wissen. Trotzdem haben die Arbeiter vorläufig von der Niederlegung der Arbeit abgesehen.

Der Streik der Vergleute in England ist noch immer nicht beendet. Die Erbitterung ist sehr groß, so daß es auf einem größeren Bergwerk zu Ausfährungen gekommen sein soll, die das Eingreifen der Polizei notwendig gemacht haben.

Der Groll der Gelben haben wir uns durch die Notiz in Nr. 2 „Aus dem Lager der Gelben“ zugezogen. „Der Bund“, ihr Hauptorgan, ist ganz aus dem Häuschen geraten und bezichtigt uns in einem fast halbspaltlangen Artikel der Fälschung, weil wir die Mitteilung über die Auflösung des gelben Bauhandwerkerbundes nicht wörtlich zitiert und doch unsere für die Gelben nicht gerade schmeichelhaften Schlussfolgerungen daran geknüpft haben. Die Tatsache stimmt. Wir beschäftigen uns nämlich mit so unjauberen Blättern nicht gern, und deshalb kommt „Der Bund“ auch nicht in unsere Redaktion; nur hin und wieder bringen uns Skollegen ein Exemplar, wie es auch heute geschehen ist. Unsere Notiz haben wir aus einem anderen Blatte abgedruckt. Damit aber die Herren ihre Ruhe wieder gewinnen, tragen wir kein Bedenken, namentlich die von uns „gefälschte“ Notiz im Wortlaut wiederzugeben. „Der Bund“ hat also geschrieben:

„Wie die Sozialdemokratie gegnerische Vereine sprengt, zeigt das Beispiel des Berliner Bauhandwerkerbundes. Der dem Gelben Arbeitshund angeschlossene Berliner Bauhandwerker-Bund, der 800 Mitglieder zählte, hatte seinen 1. Vorsitzenden Wilhelm V. wegen Unterschlagung von 2000 M. Vereinsgeldern bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Die Behörde stellte aber die Voruntersuchung ein, weil sie der Angabe des V. Glauben schenkte, daß V. den Fehlbetrag im tiefen Glauben zu Vereinszwecken verausgabt hatte. Dieses Vorwissen wurde von den in den Bauhandwerker-Bund abkommandierten Spitzeln höchst perfide ausgenutzt. Sie legten den Unterfasserern nahe, die lazierten Gelder nicht abzuliefern. Wenn V. ungeachtet 2000 M. in die Tasche stecken dürfe, deuteten sie an, werde kein Saßn danach frähen, wenn die Unterfasserer weit kleinere Beträge unterschlugen. Die sozialdemo-

Kritischen Begehren hatten zur Folge, daß 7 Unterlehnere die von ihnen kassierten Mitgliederbeiträge, Summen von je 50-75 Mk., nicht ablieferten, worauf der Hauptkassierer die gerade in der Kasse befindlichen 400 Mk. auch für sich bezieht. Natürlich hätten die Mitglieder unter solchen Umständen auf ihre Beiträge weiter zu zahlen, und so hätte die Sozialdemokratie ihr Ziel erreicht. Der Verein hatte aufgeführt zu kritisieren. Während nun bisher die sozialdemokratische Presse fast über jede Versammlung des Bauhandwerker-Bundes Einzelberichte veröffentlicht hatte, schüchelte sie sich jetzt über das unrückliche Ende des abgewählten Vereins wohlweislich aus, damit nicht etwa den genasführten Mitgliedern die Augen aufgingen, was womöglich zur Neugründung des Vereins geführt hätte.

Wenn wir unter diesen Umständen von einer „netten Sorte“ bei den Gelben gesprochen haben, trifft uns kein Vorwurf. Eine feine Gesellschaft, in der die Vertrauensmänner nacheinander die größten Unterfchlagungen begehen. Daran würde auch nichts geändert werden, wenn die Betrüger wirklich durch eingeschmuggelte Sozialdemokraten zu ihren Handlungen verleitet worden wären. Ein anständiger Mensch läßt sich dazu nicht verführen. Es wirft ein eigentümliches Licht auf die Moralbegriffe des „Bund“, wenn er solche Entschuldigungen vorbringt. Im übrigen, wie gesagt, kann die Beurteilung der Gelben auch durch die wortgetreue Wiedergabe obiger Notiz nicht im geringsten geändert werden. Wir werden höchstens noch in der schon lange von uns vertretenen Auffassung bestärkt, daß unter den Gelben sich recht viel verkappte Note befinden. Auf diese „bunte“ Gesellschaft können die Führer wahrhaftig stolz sein!

Die Ausdehnung der Krankenversicherungs-pflicht auf die landwirtschaftlichen Arbeiter, wie sie in der Reichsversicherungsordnung geplant ist, steht bekanntlich den Agrariern schon wieder zu weit, weil ihnen angeblich dadurch unerschwingliche Kosten auferlegt werden. Wo es gilt, Vorteile für sich einzubehalten, da sind die Herren sofort zur Stelle; von der Erfüllung irgendwelcher Pflichten aber wollen sie nichts wissen. Dabei sind die Kosten, welche die Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter verursacht, sehr geringe. Die bestehenden landwirtschaftlichen Ortskrankenkassen, Betriebs- und Gemeindefassen lassen nämlich aus ihren Statistiken schon jetzt vollkommen zutreffende Schlüsse zu auf die Belastung der Landwirte aus einer eventuellen Zwangs-Krankenversicherung für die landwirtschaftlichen Arbeiter. Vergleicht man diese Ergebnisse mit denjenigen der Krankenkassen für gewerbliche Arbeiter in Bezug auf Einnahmen und Ausgaben, so ergibt sich, daß die Krankenversicherung auf dem Lande sehr viel billiger arbeitet als in den Städten, obwohl einzelne dieser landwirtschaftlichen Klassen mehr als die gezielten Mindestleistungen gewähren. Die Ursache liegt in den niedrigen Löhnen auf dem Lande und dem daraus resultierenden geringeren Krankengeld, sowie ungewisshalt in dem künftigen Gesundheitszustand der Landbevölkerung und in der geringen Inanspruchnahme des Arztes. Nach der Statistik der landwirtschaftlichen Krankenkassen stellt sich für den Landwirt der Beitrag für jeden Versicherten im Durchschnitt auf 6,16 Mark jährlich.

Da nach der Reichsversicherungsordnung die Leistungen der künftigen Landkrankenkassen zwischen denen der heutigen Gemeindefassen und denen der Ortskrankenkassen liegen sollen, brauchen die Herren Agrarier wirklich keine Angst zu haben, daß die ihnen zugeordneten Lasten allzu groß sind. Sie werden nicht den Durchschnitt der bereits bestehenden Kassen übersteuern. Ein Landwirt mit Anecht und Magd würde in Zukunft jährlich kaum mehr als 12-13 Mark zu zahlen haben. Es ist geradezu eine Schande, daß die Stützen von Thron und Altar überhaupt von dieser „Belastung“ solches Aufheben machen.

Auch ein sozialpolitisches Programm. Die Freikonserativen tragen sich mit dem Gedanken, dem Gebiete der Sozialpolitik mehr Beachtung zu schenken. Die „Freikonserv. Korresp.“ veröffentlicht nämlich eine Erklärung, in der als Richtschnur für das Verhalten der freikonserватiven Partei folgende Grundzüge festgelegt werden:

„Die erste Konsequenz aus ihrer politischen Gesamtaufassung ist von der freikonserватiven Partei dahin gezogen worden, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo neben wirksamer Fürsorge für die heimische Landwirtschaft auch den Interessen unserer Industrie eine sorgsame Pflege gewidmet werden muß. Dies gilt, abgesehen von einer kräftigen Fortentwicklung unserer Verkehrseinrichtungen, vor allem für das Gebiet der Sozialpolitik. Hier muß dafür Sorge getragen werden, daß nicht aus ideologischen oder Wahlerücksichten die Bewegungsfreiheit unserer gewerblichen Unternehmungen weiter eintrüben, ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigende Weise beschränkt wird.“

Das heißt mit anderen Worten: Die Freikonserватiven wollen dafür sorgen, daß auf sozialpoli-

tischen Gebiete noch weniger geschieht als bisher. Das ist eigentlich nicht gut möglich. Aber die freikonserватive Partei, zu deren Mitgliedern auch der Herr v. Stumm und Herr v. Nordhoff gehört haben, hat von jeder den Standpunkt vertreten, daß viel zu viel für die Arbeiter geschieht. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn man von Zeit zu Zeit versucht, die Bremslöcher anzulegen und das sozialpolitische Tempo noch mehr zu verlangsamen. Gelingen wird das nicht, denn es ist kaum möglich.

Verbot der Frauennacharbeit in Schweden. Obgleich die schwedische Regierung das Verbot der Frauennacharbeit vorlieht, unterschrieben hat, ist diese Maßnahme bisher noch nicht durchgeführt worden. Erst kurz vor Jahresabschluss 1909 konnte eine entsprechende Vorlage zum Gesetz erhoben werden, dessen Bestimmungen allerdings noch sehr vorichtig und dehnbar gehalten sind. Danach müssen Frauen in Bergwerken, Eisenwerken, Fabriken und Werkstätten, in denen mehr als 10 Personen beschäftigt werden, eine Mindestruhe von täglich 11 Stunden haben. In diese Ruhezeit müssen die Stunden von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens einbezogen sein. Bei Unglücksfällen und Betriebsstörungen durch höhere Gewalt kann der Arbeitgeber diese Mindestruhe verfürzen durch einfache Anzeige bei der Gewerbeinspektion. Uebersteigt die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit die Dauer von einer Woche, so muß die Genehmigung der Gewerbeaufsicht nachgefordert werden. In Saisonalindustrien kann eine Verkürzung der Mindestruhezeit auf 10 Stunden täglich erfolgen, doch nicht öfter als an 60 Tagen im Jahre. Das Gesetz soll erst mit dem nächsten Jahre in Kraft treten, während der Dauer von drei Jahren sind außerdem noch Uebergangsbestimmungen möglich, nach denen die Mindestruhezeit nur 10 Stunden zu betragen braucht.

Zur Beachtung für sämtliche Kassierer! Von der Leitung unseres Gewerbevereins der Deutschen Bauhandwerker geht uns mit der Bitte um Veröffentlichung folgende Zuschrift zu:

Die bisherigen Mitglieder Knaut, Buch-Nr. 12 754, und Koppe, Buch-Nr. 12 757, haben sich in den letzten Monaten von den Kassierern der einzelnen Gewerbevereine Heise- bezw. Wanderunterstützung ausbezahlen lassen. Genannte haben nämlich den Kassierern erklärt, daß sie die Unterstützungsumme vom Bureau des Gewerbevereins der Deutschen Bauhandwerker zurückerstattet bekommen. Auf diese Art und Weise war es den beiden möglich, sich ca. 30 Mark Heiseunterstützung zu erschwindeln. Der Gewerbeverein der Deutschen Bauhandwerker hat die beiden wegen Betrügerei aus dem Gewerbeverein ausgeschlossen und bittet, da Knaut und Koppe auch noch jetzt ihre Schwindeldelikte fortsetzen, ihnen, sobald sie sich melden, die Mitgliedsbücher abzunehmen und an Kollegen Ludwig Müllers, Magdeburg, Katharinenstr. 23, zu senden.

Die 406. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltung findet am Sonntag, den 30. Januar, abends 7 Uhr, im Pechthoven-saal, Köthenerstraße 32, statt. Es werden mitwirken: der Gesangsverein „Harmonie“, Gem. Chor, E. V., unter Leitung von Herrn Paul Zittner, Fräulein Margarete Frankenstein (Rezitation), Fräulein Eugenie Stoly (Violoncello).

Tätigkeitsbericht: der Ortsverbände über das Jahr 1909.

Ortsverband Bremen.

Unser im vorigen Jahresbericht geäußertes Wunsch, im Jahre 1909 erfreulichere Tatsachen berichten zu können, ist teilweise in Erfüllung gegangen. Der Ortsverband, dem mit Ende 1909 7 Ortsvereine angehörten, erledigte seine Geschäfte in 4 Ausschüßsitzungen und 4 Ortsverbandsversammlungen. Referate wurden in jeder Ortsverbandsversammlung über wichtige aktuelle Fragen gehalten. Um die Verhältniswahl beim hiesigen Gewerbegericht einzuführen, machten wir an Senat und Bürgerschaft eine diesbezügliche Eingabe, die jedoch für die diesjährigen Wahlen die ersehnte Verhältnisse nach nicht brachte. Unsere Beteiligung an der Wahl zur unteren Verwaltungsbehörde ergab für unsere Liste 333 Stimmen, welche 35 200 Versicherte vertreten, für uns ein überaus großer Erfolg. Das größte Ereignis für uns war die Eröffnung des Arbeitersekretariats. Die Tätigkeit desselben machte sich bald in erfreulicher Weise bemerkbar. Vor allen Dingen ist es auf die Tätigkeit des Sekretariats zurückzuführen, wenn es uns gelang, im vergangenen Jahre die Mitgliederzahl des Ortsverbandes um 220 zu erhöhen. In der Öffentlichkeit sind wir heute bekannter als früher und der Erfolg wird sich im laufenden Jahre noch steigern. Auf alle Fälle werden wir alle Kräfte anspannen, um auf der beschrittenen Bahn vorwärts zu

kommen, und wenn alle Mitglieder ihre Pflicht erfüllen, wenn alle mitarbeiten, dann wird unser nächster Bericht den jetzigen in den Schatten stellen.

J. Sidor Kottel, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Weimig.

Dem Ortsverbände gehörten am Schlusse des Jahres 15 Ortsvereine mit mehr als 1200 Mitgliedern an. Neugeschlossen haben sich der Ortsverein der Deutschen Kaufleute, der Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter VI und der Ortsverein der Deutschen Eisenbahner II. An den öffentlichen Versammlungen, die von den einzelnen Berufsgruppen einberufen wurden, nahm der Ortsverband regen Anteil. Ortsverbandsitzungen fanden 12 statt, von denen 7 als Vertreter-, und 5 als Ausschüßsitzungen zu bezeichnen sind. Zur Ausbildung und Belehrung der Kollegen wurde ein Diskussionsklub gegründet, der sich aber wegen mangelnder Beteiligung nicht halten konnte. Eingaben wurden gemacht betreffs der Wahl zur unteren Verwaltungsbehörde und zur Einführung der Verhältniswahl bei den Gewerbegerichten. Bezüglich der letzteren Angelegenheit erhielten wir den Bescheid, daß vom Magistrat eine Vorlage ausgearbeitet wird, in der die Verhältniswahl vorgesehen ist. Auch in der Öffentlichkeit wurde zu diesen Fragen Stellung genommen; Kollege Lehner hatte das Referat übernommen. Die Gesellschaft wurde durch Veranstaltung von Familienabenden sowie durch Beteiligung an den Stiftungsfesten der einzelnen Ortsvereine gepflegt. Zu erwähnen ist das Referat des Herrn Dr. Flumenfeld über „Organismus und Mechanismus des Menschen“. Auch ein Sommerfest, das vom Gesangsverein des Ortsverbandes veranstaltet wurde, nahm einen schönen Verlauf.

Im neuen Jahre müssen die Kollegen alle Kraft einsetzen, um durch Stärkung unserer Organisation zur Verbesserung der Verhältnisse beizutragen. Denjenigen, die im Berichtsjahre ihre Schuldigkeit getan haben, an dieser Stelle den besten Dank!

A. Jojhonek, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Höttingen.

Der Ortsverband erledigte seine laufenden Geschäfte in 4 Ausschüßsitzungen, 4 Ortsverbandsversammlungen, 2 kombinierten Ausschüßsitzungen und 2 Vertreteritzungen. Die Vertreteritzungen beschäftigten sich in der Hauptsache mit der Gewerbegerichtsreform, bei welcher der Ortsverband und die evangelischen Arbeitervereine gemeinsam vorgingen, leider ohne den gewünschten Erfolg. Wir erhielten nur einen Vertreter zum Gewerbegericht, und zwar unseren Ortsverbandsvorsitzenden, das Bürgerausschüßmitglied Kollegen Stäbler. In den Verbandsversammlungen wurden neben dem geschäftlichen Teil zwei Vorträge gehalten, und zwar vom Arbeitersekretär Kollegen Juchaczanski über „Kritik und Zweck des Arbeitersekretariats“ und vom Kollegen Vuh über die Konfession des Landesausschüßes. Beide Vorträge wurden mit Beifall aufgenommen. An Vergnügungen boten wir unseren Mitgliedern einen Ausflug und zugleich das Sommerfest der Gewerbevereine Württembergs auf dem Höhenpark, das ein wirklich wohlgeplantes Gewerbevereinfest war, und eine schöne Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung und Gabenverteilung.

Leider hatte der Ortsverband auch die traurige Pflicht zu erfüllen, seinen so emigen Vorsitzenden, Kollegen Berg, die letzte Ehre zu erweisen. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren!

Der Besuch der Versammlungen war im allgemeinen ein mäßiger, daher geht an alle Verbandsstellen der Ruf: Zeigt Euch mehr in den Verbandsversammlungen, strebt mit vereinten Kräften nach der Erreichung unserer gerechten Ziele! Nur dann können wir trotz den kommenden Dingen im neuen Jahre entgegensehen. Also nochmals, Verbandskollegen, frisch auf zur Arbeit!

Otto Härer, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Nürnberg-Neimbredt.

Der Ortsverband besteht aus zwei Vereinen mit zusammen 92 Mitgliedern, jedoch ist Aussicht vorhanden, daß er im neuen Jahre eine Verstärkung erfährt. Er erledigte seine Geschäfte in 4 Sitzungen und der alljährlich wiederkehrenden Verbandsversammlung. Nach allen Richtungen hin wurde energisch gearbeitet zum Wohl des Gesamtverbandes. Namentlich wurde die Agitation unter den Bauhandwerkern und Holzarbeitern lebhaft betrieben. An Mitgliederversammlungen und sonstigen öffentlichen Veranstaltungen fehlte es nicht; auch in den Nachbargemeinden wurden Versuche unternommen, Mitglieder zu gewinnen, was auch gelungen ist. So glückte es in Schwarzengruben, a. Saale trotz größter Antipathie von der Gegenseite einen Verein ins Leben zu rufen. Auch andere Orte, wo Verbindungen angeknüpft sind, werden nicht vernachlässigt werden. Leider krank unsere Agitation an den geringen Mitteln, die unsern kleinen Ortsverband zur Verfügung stehen. Ohne Unterstützung vom Zentralrat kann nicht genügend geleistet werden. Bei den Wahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden hatten wir infolge Erfolg, als zwei Kollegen gewählt wurden. Auch von den zu Schöffen vorgeschlagenen Mitgliedern wurde der Kollege Adam Voit als Disziplinschlichter ausgelost. Wir hoffen, daß im kommenden Jahre alles das, was noch nicht erreicht werden konnte, nachgeholt wird zum Schutze der Arbeiter und zum Gedeihen unserer Gewerbevereine. An unsern guten Willen und unserer Rührigkeit soll es nicht fehlen. Die Zukunft muß unserer guten Sache gehören.

Adam Voit, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Oberhausen und Umgegend.

Die geschäftliche Tätigkeit des Ortsverbandes wurde durch 5 Vertreterbesetzungen, 3 kombinierte Sitzungen, 1 Ortsverbanderversammlung und 2 öffentlichen Versammlungen erledigt. In beiden öffentlichen Versammlungen referierte Kollege G e i s e l i t , Duisburg, in der ersten über das Thema: „Die Notwendigkeit der Berufsorganisation und weshalb schließlich wir uns den Deutschen Gewerkschaften angeschlossen“ und in der zweiten über: „Die Bedeutung der Gewerkegerichtsverhältnisse“.

War es der Erfolg auch nicht allzu bedeutend, so kann trotzdem die Bezeugung aufgestellt werden, daß der Ortsverband alles aufzubieten hat, das Ansehen unserer Organisation zu mehren und unsere Sache vorwärts zu bringen. Möge auch im neuen Jahre ein jeder dazu bereit sein und mitarbeiten zum Besten unserer Organisation und der deutschen Arbeiterschaft.

J o h a n n G ö r t z , Ortsverbandsschriftführer.

Ortsverband Dönnberg.

Der hiesige Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 4 Ausschußsitzungen und 4 Ortsverbanderversammlungen. Veranlaßt wurde das 40. Stiftungsfest des Ortsverbandes, bei welchem der Arbeitersekretär Kollege M e u t h e n - B r e m e n die Festrede übernommen hatte. Zur Verschönerung des Festes trug der „Sängerbund des Gewerkschafts“ viel bei. Angeregt und unterstützt von Ortsverbänden wurden die öffentlichen Versammlungen der Brauer, Holzarbeiter, Köder und Eisenbahner. Vorträge wurde gehalten vom Kollegen M e u t h e n , vom Kollegen B i t t n e r - D e l m e n h o r t und vom Kollegen S c h u m a c h e r - B e r l i n . Auch nahm der Ortsverbandsvorsitzende Kollege W a l e n h u s wiederholt Gelegenheit, in kombinierten Vorstandssitzungen und Ortsverbanderversammlungen über zeitgemäße, wichtige Fragen zu referieren, so daß es an Aufklärungsarbeit nicht gefehlt hat und es nunmehr Pflicht der einzelnen Mitglieder ist, das Gebotene zu beherzigen und für die Weiterbreitung unserer Ideen einzutreten.

Ueber die Tätigkeit der unserm Ortsverbandsvorsitzenden Kollegen W a l e n h u s übertragenen Aufzustelle ist zu berichten, daß dieselbe im Jahre 1909 häufig in Anspruch genommen wurde.

O s w a l d H e l l g e .

Gewerkschafts-Teil.

§ G o l d b e r g . Auf Anregung unseres Kollegen F l u c h e , Vorsitzenden des Gewerkschafts der Deutschen Eisenbahner V i e n n i g , hielten wir am 16. Januar eine Versammlung der hiesigen Eisenbahner ab. Ortsverbandsvorsitzender S c h o d führte den Anwesenden Zwecke und Ziele unserer Organisation vor Augen und wies die zahlreichen Erscheinungen darauf hin, wie notwendig es sei, daß auch die Eisenbahner sich organisieren, um ihren Wünschen mehr Geltung zu verschaffen. Es wurde sodann in die Diskussion übergegangen. Nach einer lebhaften Aussprache erklärten sich 30 Kollegen zum Beitritt bereit, so daß die Gründung eines Orts-

vereins vollzogen werden konnte. Die Kollegen wählten aus ihrer Mitte einen Vorstand zur weiteren Führung der Geschäfte, und zwar die Kollegen M e r t i c h als Vorsitzenden, G u t s c h l e r als Schriftführer, W ö l f e l als Kassierer und P o h l als Beisitzer. Um 6 Uhr wurde die Versammlung geschlossen, und die V i e n n i g -Kollegen traten die Reise nach der Heimat an.

K a r l W i t t i g , Schriftführer des Ortsvereins V i e n n i g .

§ K a u b a n . In der am 15. Januar stattgefundenen gutbesuchten Versammlung des Ortsvereins der Deutschen Eisenbahner hielt Kollege S t e i n - W ö r t l i c h einen ausgezeichneten Vortrag über das Thema: „Der Gewerkschaft und seine Ziele“. Redner schilderte die Verteuerung der Lebensmittel, die in keinem Verhältnis zu den Löhnen stehen und unter der auch die Eisenbahner schwer zu leiden haben. Um aber Verbesserungen herbeiführen zu können, sei es notwendig, daß sich die Kollegen organisieren und dem Gewerkschaftsverband der Deutschen Eisenbahner beitreten. Er ist diejenige Organisation, welche die Interessen der Eisenbahner in jeder Hinsicht wirksam vertritt, da er auf nationalem Boden steht und in politischer und religiöser Beziehung völlig unabhängig ist. Sodann beleuchtete der Redner das Wesen der verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen. Mit der Aufforderung zum Eintritt in den Gewerkschaftsverband schloß Kollege S t e i n seinen Vortrag. Die Versammlung dankte lebhaft für die lehrreichen, interessanten Ausführungen des Redners. Es wurden einige neue Mitglieder aufgenommen. Abdann ging man zum Geschäftlichen über.

K. R i c h t e r , Schriftführer.

§ M ü n c h e n . Auch hier ist es gelungen, einen Ortsverein der Deutschen Gemeindegewerkschaften ins Leben zu rufen. In einer Versammlung des Hilfspersonals der städtischen Elektrizitätswerke, die am Montag, 17. Januar, einberufen war, sprach Herr S o f m a n n über die dienstlichen Verhältnisse des städtischen Hilfspersonals, dessen gerechte Wünsche in der Denkschrift des Oberbürgermeisters nicht die gebührende Berücksichtigung gefunden hätten. Das Hilfspersonal müsse deshalb um so tatkräftiger für seine Forderungen eintreten. Daß es von den höheren Vorgesetzten als minderwertig bezeichnet werde, verdanke es dem sozialdemokratischen Gemeindegewerkschaftsverband und dessen Geschäftsführer, der es nicht verstanden habe, den städtischen Arbeiter jene Mäßigung zu erhalten, die sie zu beanspruchen hätten. Am Schluß seines beißend aufgenommenen Referats empfahl er den Austritt aus dem Gemeindegewerkschaftsverband und den Beitritt zum Gewerkschaftsverband. Den Ausführungen folgte eine lebhafteste Auseinandersetzung zwischen Vertretern beider Organisationen, an deren Schluß ein Ortsverein mit 20 Mitgliedern gebildet werden konnte.

Verbands-Teil.

Bezirksvereine.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften (D.G.). Verbandsbaus der Deutschen Gewerkschaften N.O., Greifswalderstraße 221/223. Mittwoch, 20. Januar, Vortrag des Kollegen Jordan über: „Einführung in die Sozialpolitik“. Gäste will. — Gewerkschafts-Liederabend (D.G.). Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsbaus der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste will. — Sachwissenschaftlicher Diskussionsklub Berlin. Mitglieder 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — Sonnabend, 29. Januar. Maschinenbau-

n. Metallarbeiter II. Abends 8½ Uhr Versammlung, Fruchtstraße 36a. 1. Mitteilung, 2. Wahl eines Verbandsrats-Delegierten, 3. Vortrag des Kollegen Angermann: „Unser Arbeitsnachweis“. 4. Berichterstattungsgewinn. 5. Verschiedenes. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter III. Der Jahlabend fällt infolge untermes Maskenballen aus. — Maschinenbau- und Metallarbeiter V. Abds. 8½ Uhr Versammlung Kohlbusstraße 6. Vortrag des Kollegen Erkelenz. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Abends 8—10 Uhr Jahlabend, Müllerstraße 7. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter IX. Abends 8½ Uhr Versammlung, Böttcherstraße 22. Aufnahme neuer Mitglieder. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abds. 8½ Uhr Ortsvereinsammlung im Vereinslokal bei Krauß, Putzbusenstraße 51. Vortrag des Kollegen Mühlertner: „Zum Verbandstag“.

Orts- und Bezirksvereine.

Hagen (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, Diskussionsabend bei Reuter, Ecke Hagenmühlplatz und Hiltcherstraße. — Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz., in Hiltmanns Hotel, Poststr., Diskussionsabend. (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Raetor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — Köln (Diskussionsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Bayer Hofplatz“, Eiferstraße. — Hamburg (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Raetor, Kaiser Wilhelmstraße. — Duisburg (Diskussionsklub). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Hagenkamp, Friedrich Wilhelmstraße, Diskussionsabend. — Rhein-Main-Klub (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Köller, Sandstraße 38. — Cottbus (Diskussionsklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Koberl, Berlinerstr. 120. — Leipzig (Gewerkschafts-Liederabend). Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Weigenfels a. S. (Sängersabteilung der Gewerkschaften). Uebungsstunden jeden Dienstag, abends 8½—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Uebungsstunden der Ortsvereinsmitglieder stets willkommen. — Pflersbach (Diskussionsklub). Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Jander, Döhr. — Cottbus (Sängerkor der Gewerkschaften). Die Uebungsstunden finden jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — Seltsenkirchen (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsvereinsversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal G. Simon, Alter Markt. — Ehrenberg (Diskussionsklub). Jeden Dienstag, abends von 9 bis 11 Uhr im Bureau, Jägerstraße 6, Sitzung. Gewerkschaftsmitglieder sind stets willkommen. — Weigenfels (Diskussionsklub der Gewerkschaften). Jeden Mittwoch 9 bis 11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“. — M.-Gladbach (Sängerkor der Deutschen Gewerkschaften). Sitzung jeden Dienstag, abends 9 Uhr, bei Herrn Joh. Janen, Reifelderstraße 333. Jeder Kollege herzlich will. — Tegel (Diskussionsklub für Tegel, Forstwald und Reinoldsdorf). Sitzung jeden Dienstag abends 8—10 Uhr bei Rechner, Berlinerstr. 38. Gäste willkommen. — Düsseldorf (Volks- und Gewerkschaftsschule). Jeden Sonntag, abends von 9—11 Uhr im Verbandsbaus, K. rückerstr. 29, Sitzung. — Königsbörsen i. Fr. (Diskussionsklub). Sitzung jed. 2. u. 4. Mittwoch im Monat im Verbandslokal b. Söbdt, Goltzstr. 11. — Schwerte-Weichenhofen (Ortsverband). Sonntag, 30. Januar, nachmittags 4 Uhr, in der Glocke in Schwerte gemeinsame Verbandsversammlung, Vorstandswahl und Rechnungslegung, anschließend Kaisers-Geburtsstiftungsfest. — Neckerhöhe (Ortsverband). Sonntag, 13. Februar, Vertreterversammlung in Torgelow, Schützenhaus.

Anzeigen-Teil.

Inserte werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Nur 87 Pfg. pro Quartal

folgt die beliebte, gutredigierte Wochenschrift für Sozialpolitik und nationale Kultur, der in Magdeburg wöchentlich einmal erscheinende

„Mitteldutsche Kurier“

mit seiner 8 seitigen Gratis-Unterhaltungsbeilage.

Probennummer gratis durch den Verlag.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Landbriefträger sowie der Verlag, Magdeburg, Katharinenstr. 2/3, entgegen.

Halle (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten die Reiseunterstützung von 1 Mark in bar bei dem Kollegen Ludwig Laube Schuhmachermeister, Leipzigerstr. 94, im Hof.

Wiberalh a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten eine Anweisung für Abendbrot, Nachtquartier und Frühstück bei den Ortsvereinskassierern. Verberge und Arbeitsnachweis im „Garten zum „Koten Döhlen“, Marktplatz.

Säbenscheld. Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandsbescheinigung befindet sich beim Sekretär Herrn Bartel, Körnerstr. 33.

Spondan (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis befindet sich Postfach 6, Restaurant zum „Zürischen Zell“, Fernsprecher Nr. 559. Dasselbst erhalten auch durchreisende Kollegen Karten im Werte von 75 Pfennig.

Eisenach u. Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. vom Ortsverbandskassierer Edmund Hartmann, Eisenach, Wiesenstr. 18.

Brandenburg a. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsbescheinigung von 50 Pfg., Sonn- und Feiertags 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer H. Reimann, Schmollnerstraße 12.

Gera, K. J. E. (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung bei Hermann Schneber, Böttcherstraße 6.

Josfen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei dem Ortsvereinskassierern und bei Friedrich Ehrlich, Breslauerstr. 20.

Saarbrücken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei dem Ortsvereinskassierer oder im Sekretariat Saarbrücken I. Am Markt 18.

Saynaun i. Schles. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. ausbezahlt beim Ortsverbandskassierer H. Rolke, Ring Nr. 14.

Seeligen a. St. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pfg. bei K. Sapper, Hauptstraße 48.

Hohenaußen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig Reiseunterstützung beim Kollegen K o h l , Nordstr. 10.

Barth i. Pomm. (Ortsverb.). Durchreis. Gewerkschaftsmitglieder erhalten 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Aug. D ä h n , Poststraße 211 b. Arbeitsnachweis das.

Chemnitz (Ortsverb.). Karten und Arbeitsnachweis bei Kollegen Kurt Weigel, Chemnitz-Gablenz Klausstr. 64.

Hagen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mk. Reiseunterstützung in dem Arbeitersekretariat Hagen, Adalbertsteinweg 71.

Der Gewerkverein Jahrgang 1909

auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsangehörige und Vereinsbibliotheken

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einsendung des Betrages.

N. B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer

R. Klein,

Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/23.